

Fraenkel, Gioachino

Article — Digitized Version

Italien zwischen Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fraenkel, Gioachino (1963) : Italien zwischen Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 9, pp. 382-385

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133336>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Italien zwischen Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat

Dr. Gioachino Fraenkel, Rom

„Am Anfang war die Arbeitslosigkeit“ — die dieser Feststellung zugrunde liegende Problematik dürfte für die Ausrichtung der italienischen Sozialpolitik maßgeblich geworden sein: Das bedeutet auf der einen Seite, nach Möglichkeit allen Arbeitswilligen eine Anstellung zu verschaffen, zum anderen, ihnen angemessene Arbeitsverhältnisse zuzusichern.

Die Arbeitslosigkeit im „Mezzogiorno“ ist im wesentlichen auf die nach der politischen Einigung Italiens einsetzende Industrialisierungswelle in den nördlichen Landesteilen zurückzuführen, die zu einer wirtschaftlichen und sozialen Strukturänderung führte und gleichzeitig den Süden in seiner wirtschaftlichen Bedeutung zurückdrängte. Außerdem hatte eine Massenauswanderung vor dem ersten Weltkrieg eingesetzt und Italien eines Teiles seiner dynamischsten und unternehmungslustigsten Kräfte beraubt. Später griff der Faschismus ein und bot einer weiteren Abwanderung Einhalt — soweit es sich nicht um Siedler für die italienischen Kolonien handelte: offiziell sollte es keine Arbeitslosigkeit mehr geben.

Dollbeschäftigungspolitik nach dem „piano Vannoni“

In den Jahren nach 1945 stellte sich das Problem wieder in seiner ganzen Dringlichkeit. Einerseits war der Produktionsapparat weitgehend zerstört, das Land verfügte über keinerlei Reserven und nur über höchst ungenügende natürliche Rohstoffquellen; die Lira drohte, in einem Inflationsprozeß unterzugehen. Andererseits vergrößerte sich das Arbeitskräftepotential durch die Entlassung italienischer Soldaten und der Kriegsgefangenen, durch die Rückwanderer aus Afrika und durch die italienischen Bevölkerungsteile, die aus den an Jugoslawien gefallenen Landesteilen nach dem Mutterland zurückfluteten. Der Staat — noch im Wiederaufbau begriffen — war nicht in der Lage, diesem Dilemma zu begegnen. Die Auswanderungswilligen stießen zu alledem bei den einst aufnahmebereiten Ländern nun auf verschlossene Türen.

Erst etwa 1948 gelang das „Wunder der Lira-Stabilisierung“. Damit war eine Voraussetzung für die Ankurbelung der Privatwirtschaft geschaffen. Durch die Marshallplan-Gelder wurde „neues Blut“ in den Wirtschaftskreislauf gepumpt. Auf dieser Basis begann eine langsame, aber stetige wirtschaftliche Erholung. Im Jahre 1954 konnte der damalige Finanzminister Vannoni sein Entwicklungsprogramm — „piano Vannoni“ genannt — ausarbeiten, das bei einem jährlichen Anstieg des Bruttosozialprodukts (bei konstanten Preisen) von 5% und bei entsprechenden Investitionen eine Beschäftigung von rund 400 000 Arbeitslosen pro Jahr vorsah, mit dem Ziel, im Jahre 1964 die Vollbeschäftigung zu erreichen.

Minister Vannoni hat insofern mit seinem Programm recht behalten, als in den folgenden Jahren die Ex-

pansion der italienischen Wirtschaft nicht nur mit einer Wohlstandszunahme aller Bevölkerungskreise, sondern auch mit einem erheblichen Rückgang der Arbeitslosenquote verbunden war.

Strukturelle Verschiebungen im Arbeitskräftepotential

Die nachstehenden Übersichten sind, soweit sie sich auf die Zahl der Erwerbstätigen bzw. Arbeitslosen beziehen, auf Grund von dreimonatigen Erhebungen des Arbeitsministeriums nach dem Stichprobenverfahren erstellt. Für 1961 wurde die Lage von 80 164 Familien in 1392 Gemeinden, für 1962 von 86 023 Familien in 1403 Gemeinden untersucht. Inbegriffen sind die Arbeitskräfte, die zwar im Zeitpunkt der Erhebung im Ausland waren, dort aber keinen festen Wohnsitz hatten (saisonale Gastarbeiter). Außer einer Zunahme aller Erwerbstätigen ist auch ein Anwachsen ihrer Zahl im Norden und eine Abnahme im „Mezzogiorno“ feststellbar. Wie in anderen Ländern üben auch hier die Industriegebiete einen Sog auf die Bevölkerung in den landwirtschaftlichen Landesteilen aus; in Italien hat die Landflucht in einigen Gebieten ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Seit einigen Jahren ist eine Wanderung der Arbeitskräfte vom Süden in den italienischen Norden, insbesondere in das Industriedreieck Turin-Mailand-Genua zu verzeichnen, die inzwischen das Ausmaß einer Völkerwanderung angenommen hat: in Turin haben sich seit Kriegsende 350 000 Süditaliener niedergelassen; in Mailand sind es über 500 000 Personen.

Überblick über die Erwerbsbevölkerung
(in Mill.)

Position	Erwerbsbevölkerung		Nicht erwerbstätig		Insgesamt	
	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Männer						
Norditalien	4,0	4,0	2,2	2,3	6,2	6,3
Mittelitalien 1)	5,7	5,7	3,3	3,4	9,0	9,1
Süditalien	5,1	5,0	3,9	4,0	9,0	9,0
Frauen						
Norditalien	1,7	1,7	4,8	4,9	6,6	6,7
Mittelitalien 1)	2,3	2,3	7,2	7,2	9,5	9,5
Süditalien	1,7	1,7	7,7	7,6	9,4	9,3
Insgesamt						
Norditalien	5,7	5,8	7,1	7,2	12,8	13,0
Mittelitalien 1)	8,0	8,0	10,5	10,6	18,5	18,6
Süditalien	6,8	6,7	11,6	11,6	18,4	18,4
Italien insgesamt	20,5	20,5	29,2	29,5	49,7	50,0

1) Einschließlich Venezien und Emilia.

Struktur des Arbeitsmarktes
(in Mill.)

Geschlecht	Beschäftigt		Arbeitslos		Auf d. Suche nach erst. Anstellung	
	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Männer	14,3	14,3	0,33	0,25	0,17	0,16
Frauen	5,5	5,6	0,11	0,09	0,11	0,11
Insgesamt	19,8	19,9	0,44	0,34	0,28	0,27

Sektorale Aufteilung der Arbeitslosen
(in Mill.)

Sektor	Männer		Frauen		Insgesamt	
	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Landwirtschaft	0,049	0,035	0,028	0,025	0,077	0,060
Industrie	0,207	0,155	0,045	0,036	0,252	0,191
Andere Sparten	0,069	0,063	0,035	0,030	0,104	0,093
Insgesamt	0,325	0,253	0,108	0,091	0,433	0,344

Die Übersichten zeigen außerdem eine Zunahme der Frauenarbeit. Dies dürfte wohl auf die größeren Anstellungschancen zurückzuführen sein, die es vielen Frauen ermöglichen, eine regelmäßige Erwerbstätigkeit auszuüben. Ferner läßt sich eine deutliche Abnahme in der Zahl der Arbeitslosen sowie der Jugendlichen, die auf der Suche nach einer ersten Anstellung sind, feststellen. Seit einigen Jahren — paradoxerweise wohl auch als Folge der abflauenden Misere — geht die Zahl der Geburten zurück. Wenn Kinderreichtum eines der Merkmale für ein in seiner Wirtschaftsentwicklung zurückgebliebenes Land sein soll, so kann Süditalien heute nur noch bedingt als unterentwickelt betrachtet werden.

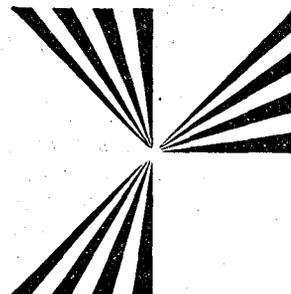
Aus der Aufteilung der Arbeitslosen auf die einzelnen Tätigkeitssparten geht hervor, daß vor allem die Industrie sowohl im Verhältnis zu den anderen Tätigkeitsbereichen als auch in absoluten Zahlen in zunehmendem Maße die verfügbaren Arbeitskräfte eingliedert hat, wobei die männlichen Arbeiter an erster Stelle stehen. Eine Erhebung des Arbeits- und Sozialministeriums im Jahre 1962 in einer Gruppe von Industrieunternehmen mit 2,13 Mill. Arbeitnehmern hat ergeben, daß deren Arbeiterzahl um 5,2% zugenommen hat. Die größte Zuwachsrate ist beim Schiffbau und dem Bau von Verkehrsmitteln, die kleinste bei einigen Konsumgüterindustrien (Lebensmittel- und Textilbranche) feststellbar. Andere Statistiken lassen eine Zunahme in der Zahl der selbständigen Unternehmer, der Angestellten und der freiberuflich Tätigen erkennen. Weibliche Arbeitskräfte sind vorwiegend in der Landwirtschaft und in den Berufen des tertiären Bereichs beschäftigt.

Im Jahre 1962 ergab sich — ein Novum in der italienischen Geschichte der letzten 100 Jahre — ein zeitweiliger Überschuß an Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt. Noch zwölf Monate vorher wäre diese Situation als „Ding der Unmöglichkeit“ bezeichnet worden. Der Mangel an Arbeitskräften konzentrierte sich — wie zu erwarten — auf Norditalien, vor allem auf die Lombardei und Piemont. Durch den Zustrom aus anderen Gegenden konnte der Nachfrageüberschuß befriedigt und das Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Noch gibt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht zu ernsthaften Sorgen Anlaß, sondern weist lediglich darauf hin, daß — wie der „Regierungsbericht über die italienische Wirtschaftslage im Jahre 1962“ sich ausdrückt — „der italienische Arbeitsmarkt dabei ist, sein Merkmal eines generellen Überangebots an Arbeitskräften zu verlieren“. Dieser Trend spiegelt sich auch in der Abnahme der auswandernden Erwerbstätigen wider: 1962 sind rund 60 000 Arbeiter gegenüber etwa 92 000 im Jahre 1961 ausgewandert, während die saisonale Auswanderung von 119 000 Personen 1961 auf 84 500 gesunken ist.

Entsprechend haben auch die vom Staat ergriffenen direkten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch Errichtung von Arbeitsstätten für Aufforstung, Straßenbau usw. ihren Dringlichkeitscharakter verloren. Es handelt sich bei diesen Maßnahmen um eine Initiative des Staates, die sich in früheren Jahren als äußerst zweckmäßig und erfolgreich erwiesen hat; hat sie doch — zumindest zeitweise — denjenigen Arbeitslosen geholfen, die wegen physischer Mängel, ungenügender Fachausbildung oder aus Altersgründen anderswo nicht unterkommen konnten. Außerdem hat sie den Vorteil, ihnen außer einer wirtschaftlichen Unterstützung auch die Möglichkeit zum Erwerb eines Fundus von Fachkenntnissen zu bieten.

Im Zuge der industriellen Expansion ist insbesondere die Nachfrage nach geschultem Personal gestiegen. So hat der Mangel an spezialisierten Arbeitskräften bereits zu einer Rückwanderung von italienischen Gastarbeitern aus dem Ausland geführt. Als Sensation

Fernsprechen Fernschreiben



SEL

Fernsprech- und Fernschreibtechnik · Anlagen und Geräte für Funk, Weitverkehr und Navigation · Rundfunk, Fernsehen, Phono · Signal-, Sicherungs- und Regeltechnik · Elektronische Datenverarbeitende Systeme · Rohrpost- und Förderanlagen · Kabel und Leitungen · Elektrische und elektronische Bauelemente STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG STUTTGART

... die ganze Nachrichtentechnik

wirkte die Meldung, die kürzlich durch die Presse ging, wonach eine Transistorfabrik in Novara 200 im Elektrofach ausgebildete Griechen eingestellt habe, weil in Italien und in der gesamten EWG keine geeigneten Kräfte zur Verfügung gestanden hätten.

Daß es überhaupt noch Arbeitslose in Italien gibt, beruht also im wesentlichen auf deren mangelnder Schul- und Fachausbildung. Die Zahl der Analphabeten ist heute immer noch erheblich. So ist das Arbeitsministerium in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium bereits seit längerem um eine Anhebung des Bildungsniveaus in allen Altersstufen bemüht, wobei die Ausbildung auf der Grundschule im Vordergrund dieser Bemühungen steht.

Die Notwendigkeit umfangreicher Fachausbildung

Diese Schulpolitik der Regierung wird durch die Wirtschaftsentwicklung insofern gefördert, als infolge des höheren Pro-Kopf-Einkommens in nicht wenigen Fällen ein regelmäßiger Schulbesuch ermöglicht wurde. Immerhin dürften noch heute — so stellt der genannte „Regierungsbericht über die italienische Wirtschaftslage im Jahre 1962“ lakonisch fest — 2,6 % aller Schulpflichtigen zwischen 6 und 11 Jahren keine regelmäßige Schulausbildung genießen; zählt man diejenigen dazu, die vor Beendigung der fünften Klasse abgehen, so kommt man auf 9 % aller Schulpflichtigen, „die ohne jene kulturelle Basis bleiben, die heute für eine befriedigende Arbeitsleistung erforderlich ist.“

Ein Plan zu einer Schulreform liegt seit längerem vor. Der Kostenvoranschlag sieht für die zehn Jahre von 1959 bis 1969 insgesamt 1553 Mrd. Lire an Ausgaben vor. Bei der angespannten Lage des italienischen Haushalts ist jedoch nicht mit einer baldigen Verwirklichung zu rechnen.

Vom Kultusministerium ist über den „Zentraldienst für die Volksschule“ ein Notprogramm für die Erwachsenenbildung in Kraft getreten. Die modernsten Lehrmethoden kommen dabei zur Anwendung. Unter anderem werden regelmäßig im Fernsehen Lehrkurse für „Ganz- und Halbanalphabeten“ sowie für die Auffrischung von Schulkenntnissen abgehalten. Selbstverständlich bleibt das Ziel, dafür zu sorgen, daß möglichst bald alle Jugendlichen ein Mindestmaß an Schulkenntnissen erwerben, so daß künftig ein Notprogramm auf die Wiederholungskurse beschränkt bleiben kann.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für die Ausbildung (Jugendliche und Erwachsene) sind in den letzten Jahren um jährlich 16 % bis 20 % gestiegen. Im Haushalt 1961/62 haben sie 1021 Mrd. Lire erreicht. Der Beitrag aus dem Staatshaushalt — von 760 Mrd. Lire — stellt hierbei nicht ganz 16 % der gesamten Staatsausgaben dar. Mit anderen Worten: die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung betragen 1962 über 21 000 Lire gegenüber 13 000 Lire zwei Jahre zuvor. Diese Zunahme von 63 % bestätigt die wachsende Bedeutung, die man bei den öffentlichen Stellen dieser Problematik beimißt.

Zum Thema Berufsausbildung ist eine weitere Initiative des Arbeits- und Sozialministeriums zu nennen, der immer größere Bedeutung zukommt. Sie betrifft die Abhaltung von Fachausbildungskursen für Arbeitslose; sie soll den Arbeitern zugute kommen, die innerhalb kurzer Zeit ihre Fachkenntnisse wiedergewinnen oder vertiefen oder gar den Beruf ändern müssen, um sich den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen zu können. Im Jahre 1962 haben 700 Kurse stattgefunden, die drei Monate dauerten und an denen 14 171 Arbeitslose teilgenommen haben. 70 % der Kurse haben auf eine Tätigkeit in der Industrie, 11 % auf eine Tätigkeit im Bauwesen und der Rest auf eine Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen vorbereitet. Etwa 96 % der Teilnehmer haben die Abschlußexamina bestanden. Diese Kurse haben den Staat (ordentlicher Haushalt und Arbeitslosenfonds) in den Haushaltsjahren 1960/61 48 Mrd. Lire, 1961/62 28 Mrd. Lire und 1962/63 33 Mrd. Lire gekostet.

Einheitliche sozialpolitische Konzeption läßt auf sich warten

Als weitere vordringliche Aufgabe betrachtet die italienische Sozialpolitik die Schaffung und Sicherung angemessener Arbeitsverhältnisse. Der Eingriff des Gesetzgebers auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und Sicherheit hatte sich insofern als notwendig erwiesen, als bei dem seinerzeitigen Überangebot an Arbeitskräften die Bewertung der menschlichen Arbeitsleistung stark gesunken und es daher zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gekommen war. Der erste Schritt auf dem Wege zur gesetzlichen Sicherstellung wurde erst 1898, nicht zuletzt unter dem Einfluß der päpstlichen Enzyklika „Rerum Novarum“ mit der Einrichtung einer obligatorischen Unfallversicherung gemacht. Weitere Gesetze folgten im Einklang mit dem wachsenden Verständnis der öffentlichen Meinung für die Erfordernisse der sozialen Sicherheit bei den unteren Einkommensschichten.

Es wurden aber jeweils lediglich punktuelle Lösungen gesucht. Es fehlte eine Konzeption, die dem Gefüge der Maßnahmen eine organische Struktur verliehen hätte. Nach dem Krieg wurde der staatliche Aufgabenkreis unter dem Druck der kommunistischen, sozialistischen und auch der „links ausgerichteten“ christlich-demokratischen Kreise erweitert. Parallel hierzu wurde in der neuen Verfassung von 1948 (Art. 38) der Grundsatz verankert, daß „der Arbeiter das Recht auf eine seinen Lebensumständen angemessene Fürsorge und Sicherheit für den Fall des Eintretens eines Unfalls, einer Krankheit, der Invalidität, bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und im Alter haben soll.“

Es läßt sich nicht leugnen, daß der italienische Arbeiter heute zumindest theoretisch einigermaßen sichergestellt ist. In der Praxis liegen die Verhältnisse allerdings etwas anders: mit der Erweiterung des staatlichen Aufgabenkreises auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist auch der Paragraphenwald gewachsen. Die zu bearbeitenden Fälle gehen im Durcheinander der Bürokratie unter. Wer es sich leisten kann, zieht es deshalb

nicht selten vor, auf staatliche Hilfe zu verzichten. Die Fülle der Versicherungsanstalten bietet ein höchst unübersichtliches, ja geradezu chaotisches Bild. So ist beispielsweise das Istituto Nazionale per l'Assicurazione Malattie — INAM — für die Krankenversicherung, das Istituto Nazionale per la Previdenza Sociale — INPS — für die Tuberkulosefälle und das Istituto Nazionale per l'Assicurazione Infortuni sul Lavoro — INAIL — für die Betriebsunfälle zuständig.

Bereits seit längerem sind Vorschläge für eine Durchforstung der einschlägigen Bestimmungen und für eine Vereinheitlichung der Ämter ausgearbeitet worden. Eine Neuregelung auf dem Gebiet der Fürsorge wäre sicher begrüßenswert. Hinsichtlich der Zwangssozialversicherungen müsse hingegen davor gewarnt werden — so schreibt die Presse —, daß sie für die Bevölkerung eine Art „Bequemlichkeitsschirm“ werde, unter dem sich alle versammeln; entsprechend müsse ein System gefunden werden, das das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen für die eigene Sicherheit nicht erlöschen lasse. Bei dem italienischen „Laisser faire“ dürfte allerdings noch manches Wasser den Tiber hinabfließen, bevor irgendwelche Entscheidungen getroffen werden.

Im Kampf um den Fortschritt

Der sozialpolitische Trend der letzten Jahre deutet auf ein rasches Abgleiten in den Wohlfahrtsstaat hin. Gerade die letzte Regierung Fanfani dürfte in dieser Beziehung beschleunigend gewirkt haben. Eine derartige Entwicklung gibt in einem Lande wie Italien, wo alles auf der Privatinitiative und dem Individualismus aufbaut, zu großen Bedenken Anlaß. Läßt sich die Bevölkerung doch nicht von einem Tag auf den anderen zu einem gegenseitigen Verantwortungsbewußtsein und zum Gemeinschaftsdenken erziehen.

Demgegenüber muß dem Lande zugute gehalten werden, daß es sich im Umbruch befindet: zuerst hatte der Krieg das Terrain für die sozialen Umwälzungen vorbereitet, anschließend hat die wirtschaftliche Expansion mit ihrer allgemeinen Hebung des Wohlstandsniveaus im Zeichen der „Konsumgesellschaft“ auch so etwas wie ein Massenbewußtsein aufkommen lassen. Daß dieser Gärprozeß erst beendet sein muß, bevor das neue Gedankengut als fruchtbares Moment auf die Entwicklung einwirken kann, ist selbstverständlich. Jeder Fortschritt muß erst erkämpft werden — dies gilt auch für Italien.

Der Außenhandel der Mongolischen Volksrepublik

Dietrich Eberhard Groß, Hamburg

Die Mongolische Volksrepublik nimmt innerhalb des „sozialistischen Lagers“ eine Sonderstellung ein. Sie ist das einzige Land außer der Sowjetunion, in dem sich die Regierungsgewalt schon vor dem zweiten Weltkrieg in den Händen der kommunistischen Partei befand, weshalb die Mongolei zwischen den Kriegen mehr als eine Art autonomer sowjetischer Provinz denn als selbständiger Staat angesehen wurde.

Im Jahre 1911 — beim Zusammenbruch der Mandschu-Dynastie in China — aus dem chinesischen Reichsverband ausgeschieden, verdankt die vormals Äußere Mongolei ihre staatliche Selbständigkeit in den folgenden Jahren, die noch einmal eine vorübergehende Besetzung durch chinesische Truppen brachten, der Unterstützung durch das zaristische Rußland. China hat die Unabhängigkeit der Mongolei erst nach dem zweiten Weltkrieg anerkannt: 1946 die Regierung Tschiang Kai-schek, 1950 die Regierung Mao Tse-tung. Schon 1921 wurde in der Mongolei ein volksdemokratisches Regime errichtet. Im selben Jahr gewährte die Sowjetunion der Mongolischen Volksrepublik den ersten Kredit zur wirtschaftlichen Entwicklung in Höhe von 1 Mrd. Rubel.¹⁾ Auf der XVI. Tagung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ — im Westen COMECON genannt — am 6./7. Juni 1962 in Berlin wurde die Mongolei als Vollmitglied aufgenommen. Dazu war eine Änderung der Statuten des RGW

erforderlich, die bis dahin nur den Beitritt derjenigen europäischen Länder vorsahen, die die Ziele und Grundsätze bejahen und die im Statut festgelegten Verpflichtungen zu übernehmen bereit sind.

Über die Entwicklung der mongolischen Wirtschaft waren jahrelang keine Einzelheiten bekannt. Zum 40jährigen Jubiläum der kommunistischen Machtübernahme sind 1961 erstmals in größerem Umfang Angaben veröffentlicht worden, die auch einen Einblick in den Außenhandel der Mongolei gestatten.

Sowjetunion als stärkster Handelspartner

Trotz des wirtschaftlichen Eindringens der Sowjetunion in die mongolische Wirtschaft erfolgten vor dem Ende des zweiten Weltkrieges keine entscheidenden Schritte zu ihrer Umwandlung im kommunistischen Sinne, und erst 1960, nach fast vierzigjähriger kommunistischer Herrschaft, wurde der Übergang zu sozialistischen Verhältnissen in der Wirtschaft der Mongolei als beendet erklärt.²⁾

Mit der Herstellung des staatlichen Außenhandelsmonopols, die nach jahrelangem zähen Ringen erst 1930 gelang, wurde die Sowjetunion praktisch zum alleinigen Handelspartner der Mongolischen Volksrepublik. Im Jahre 1924 war sie nur mit 13,6% am mongolischen Außenhandel beteiligt gewesen. Ihr Anteil wuchs 1927 auf die Hälfte der mongolischen

¹⁾ Kurt Müller: „Entwicklungshilfe innerhalb des Ostblocks“, Frankfurt/Main—Berlin 1960, S. 21, mit Hinweisen auf sowjetische Quellen.

²⁾ Iswestija, Moskau, vom 26. 11. 1960.